

KORRIGIERTE VERSION !

Protokoll der Delegiertenversammlung vom 30. August 1997 in Genf

Tagespräsidentin: Fabienne Bugnon

Dauer: 13.00 - 17.30 Uhr

1. Begrüssung

Fabienne Bugnon begrüsst die Delegierten im Namen der Grünen des Kantons Genf. Sie schildert die Aktivitäten der Grünen in Genf und weist auf die entscheidende Bedeutung der kantonalen Wahlen hin. Da wir bereits unter Traktandum 1 eine Abstimmung haben werden, zieht sie die Wahl der StimmzählerInnen vor.

Als StimmzählerInnen werden Hans Nef, Heidi Rebsamen, Felix Schweizer und Alessandro Boggian gewählt.

Hanspeter Thür stellt fest, dass die ökologische Steuerreform immer mehr Unterstützung erhalte. Eine Studie des Schweiz. Nationalfonds bestätigt weitgehend die grüne Initiative «Energie statt Arbeit besteuern», und auch die FDP habe das Thema entdeckt. Die Grünen müssten ihren Vorschlag weiter vertreten und Druck für eine rasche Umsetzung machen.

Martin Rosenfeld äussert sich als Gastreferent zur Situation der jüdischen Gemeinde in der Schweiz. Es finde eine Entfremdung zwischen «Juden» und «Schweizern» statt, immer stärker würden Zeichen des Antisemitismus sichtbar. Dies dürfe eine freiheitliche und demokratische Gesellschaft nicht zulassen. Er ruft zu mehr Verständigung und Toleranz auf.

Cécile Bühlmann nimmt Stellung zur Solidaritätsstiftung. Diese dürfe nicht an Stelle der heutigen sozialen Sicherung treten, sondern müsse ein zusätzliches Element darstellen. In der Schweiz sollte der Hauptzweck der Stiftung bei der Prävention im Bereich der Menschenrechte liegen. Im Ausland sollte Geld direkt den Opfern von Krieg und Menschenrechtsverletzungen zukommen. Die Unterstützung der Idee der Solidarität und der Stiftung lohne sich.

In der Diskussion zur vorliegenden «Resolution zur aktuellen Debatte über die Schweiz im Zweiten Weltkrieg» wird von Luzius Theiler eingewendet, dass die Schweiz heute ebenfalls eine schlechte Politik mache, die einmal eine HistorikerInnen-Kommission rechtfertige. Mit seinem alternativen Resolutionsentwurf will er die Stiftung nicht vorbehaltlos unterstützen, sondern gleichzeitig eine wirklich solidarische Politik einfordern. Christian Thomas schlägt vor, den ersten, dritten und vierten Abschnitt zu streichen, den zweiten als klare Hauptaussage aber zu belassen. Martin Künzler schlägt vor, keine Resolution zu verabschieden. Mit Geld können keine Probleme gelöst werden.

Nach weiteren Voten folgt die Abstimmung mit der Bereinigung der Vorstands-Resolution:

Streichungsantrag Absatz 1: 25 Ja, **36 Nein**, 5 Enthaltungen

Streichungsantrag Absatz 3: **36 Ja**, 29 Nein, 4 Enthaltungen

Streichungsantrag Absatz 4: 20 Ja, **38 Nein**, 3 Enthaltungen

Die bereinigte Vorstands-Resolution wird mit 56 zu 6 Stimmen bei 5 Enthaltungen gegenüber dem Gegenvorschlag von Luzius Theiler vorgezogen.

2. Statutarisches

Das Protokoll der letzten Delegiertenversammlung wird einstimmig genehmigt.

Hans Beat Schaffner stellt die Rechnung 1996 vor. Die Einnahmen liegen unterhalb des Budgets, was auch ein negatives Endergebnis zur Folge hatte. Der Revisorenbericht beantragt Entlastung des Kassiers. Die Rechnung wird einstimmig genehmigt. Das Budget 1998 ist auf der Einnahmenseite nach unten korrigiert und weist damit wieder ein Defizit auf. Um so wichtiger sei es, dass die Einnahmen pünktlich erfolgen. Das Budget wird einstimmig genehmigt. Hanspeter Thür verdankt dem Kassier seine ausgezeichnete Arbeit.

3. Creys-Malville stilllegen

Robert Cramer weist darauf hin, dass in Creys-Malville der einzige industrielle schnelle Brüter in Betrieb ist. Die Grünen und die Umweltbewegung in der Region Genf setzen sich seit Jahren für die Stilllegung des schnellen Brüters ein. Bereits früher hatte Creys-Malville zeitweise die Betriebsbewilligung verloren, die grüne Umweltministerin Frankreichs will den Brüter jetzt definitiv stilllegen. Wir müssen aber weiterhin aufmerksam bleiben.

4. Alpentransit / Bilaterale Verhandlungen

Hanspeter Thür befürchtet, dass der Bundesrat in den bilateralen Verhandlungen zum Verkehrsdossier der EU weitgehend entgegenkommen will. Ein solcher Vorschlag hätte vor dem Volk keine Chance. Wir sind in engem Kontakt mit Umweltorganisationen, aber auch mit Grünen aus benachbarten Ländern, um eine bessere Lösung zu erzielen. Unsere Resolution soll unsere Position einmal mehr bekräftigen.

Albert Schmidt, Bundestagsabgeordneter von Bündnis 90/Die Grünen, wird mit einem Vorstoss im Bundestag eine harte Haltung der Schweiz in den bilaterlen Verhandlungen unterstützen. Ähnliche Vorstösse sollen auch im Europaparlament und in weiteren Ländern eingereicht werden. Nicht die Schweiz sei das Problem, sondern der wachsende Verkehr.

Franz Klug, Landtagsabgeordneter im Tirol, sichert der Schweiz ebenfalls seine Solidarität zu. Das Tirol sei heute vom Umwegverkehr betroffen. Wir sollten aber nicht ein zweites Problem schaffen, sondern gemeinsam für die Verlagerung des Güterverkehrs von der Strasse auf die Schiene eintreten, und zwar in Österreich und in der Schweiz.

Felix Wirz erläutert kurz die «Petition gegen die Zulassung von 44-Tönnern». Diese wendet sich gegen den Entscheid des Bundesrates, 44-Tönnner in einem Umkreis von 30 km um Huckepackzentren zuzulassen. Davon betroffen ist einerseits das Mittelland und das Tessin.

In der Diskussion wird dazu aufgerufen, auch mit den Grünen in Frankreich engeren Kontakt zu knüpfen. In der Abstimmung wird die Resolution «Alpeninitiative konsequent umsetzen!» sowie die «Petition gegen die Zulassung der 44-Tönnner» einstimmig verabschiedet.

5. Abstimmungsparolen zu den Abstimmungen vom 28. September 1997

Gabrielle Maulini-Dreyfus äussert sich zur Initiative «Jugend ohne Drogen». Die Initiative verunmögliche die heute erfolgreiche AIDS-Prävention und die kontrollierte Methadon- oder Drogenabgabe, die die soziale Reintegration förderten. Die von den Initianten befürwortete Repression sei ineffizient und teuer. Ruth Gonseth ergänzte, die Initiative sei irreführend, weil nicht nur Jugendliche drogenabhängig seien, und weil Alkohol und Tabak gemässigt die viel grösseren Drogenprobleme aufwerfen würden.

Nach einer kurzen Diskussion wird In der Abstimmung wird die Initiative «Jugend ohne Drogen» einstimmig ohne Enthaltungen abgelehnt.

David Hiler erläutert die Vorlage zur «Finanzierung der Arbeitslosenversicherung». Die Vorlage bringe eine weitere Verschlechterung für die Erwerbslosen und sei der Auftakt für weitere Kürzungen. Es sei ein Fehler gewesen, dass die Grünen nicht von Anfang an das Referendum unterstützten. Die Vorlage wird einstimmig und ohne Enthaltungen abgelehnt.

6. Verschiedenes

Eine Resolution der Genfer Grünen zum Drei-Schluchten-Projekt wird von Philippe de Rougement vorgestellt. Der Bundesrat solle für dieses zerstörerische Projekt keine Exportrisikogarantie geben. Die Resolution wird einstimmig bei einer Enthaltung angenommen.

In einer zweiten Resolution fordert Claudius Schauffler die Ablehnung der deutschen Rechtschreibereform und die Einführung der europakompatiblen «gemässigten substantivkleinschreibung». Nach einer kurzen Diskussion wird die Resolution mit 22 zu 11 Stimmen bei einigen Enthaltungen angenommen.

Bern, 2.10.97

Für das Protokoll: Felix Wirz, Sekretär